

**Berlin.** 28. Oktober. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung der V. ordentlichen Generalversammlung wurde mit großer Mehrheit vom Antrage Glasewald-Wagdeburg zugestimmt, der dahin geht, die Generalversammlung sollte befehlen: in Erwähnung, daß das Wort „taufen“, angewendet auf die Einweihung von Schiffen, Segelwagen und anderen leblosen Gegenständen, ein Verhältnis über die Bedeutung solcher Handlungen zu veranlassen geziert sein mag, daß aber ein Vergehen über die Ausordnung in größeren Kreisen bisher nicht bemerkt ist, auch ein ausdrücklich kirchlicher Gebrauch des Wortes „taufen“ nicht festgestellt werden kann über die die beobachteten Petitionen zur Tagesordnung übergezogen.

Der deutsche Kronprinz wird dem Bernoulli nach von 8. bis 11. November als Delegat des Fürsten Christian Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tag Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

In seiner Rechtfertigungsversuchsbroschüre fragt Dr. Franz Wehring über die prinzipiell-theoretische Verfassung der sozialdemokratischen Partei. Drei Millionen Stimmen seien eine sehr hohe Sache, aber ein schlagartiges Heer ist diese Heer erst dann, wenn wenigstens 300 000 davon genau wissen, wodurch dann nun eigentlich die Fahrt geht. Ob heute aber auch nur 30 000 Parteimitglieder prinzipiell-theoretisch so durchgebildet seien, wie vor 20 und 30 Jahren die Massen der Partei war, das ist eine Frage, über die sich diskutieren ließe. Insofern empfanden das die Arbeitermassen auch sehr wohl und legten noch nichts so sehr als danach, die alten Banner wieder im Sturm des revolutionären Gewaltens fliegen zu lassen. Über sein Parteiblatt entzieht sich dieser Aufgabe „in feuerwiderstandsfähiger Weise“ wie der „Vorwärts“. Dem politischen Hauptredakteur des „Vorwärts“ (Eißner) steht das historisch-politische Verständnis der modernen Arbeitersbewegung. Als Hauptredakteur eines sozialdemokratischen Zentralorgans gleicht er dem State Roland, von dem Chamberlain singt: „Ausnehmend schön war die Statue, sie war aber leider tot.“ Sein persönliches Verhältnis zu Eißner charakterisiert Wehring wie folgt: „Jimmer (nach dem Artikel Wehring für den „Vorwärts“) kam nach einigen Wochen oder höchstens Monaten der Angesicht, wo der Redakteur Eißner glaubte, ich spräche hoffnungslos, und wo ich glaubte, er spräche ironisch.“ Die Mehrheit der Redakteure des „Vorwärts“ ist nach Wehrings Ansicht „vollkommen fassend“ für die Bedingungen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten des proletarischen Organisationskampfes. Auf diese Angriffe Wehrings antwortete der Redakteur des „Vorwärts“, Eißner und Gräfner, Wehring habe sich immer von neuem in den letzten Jahren bereit, sein Vertrauen zu ihrer Volkspartei zu verschaffen. Während aller der Jahre habe Wehring mit seiner Söhne einen Vorwurf oder auch nur eine Bemängelung gegen die prinzipielle oder taktische Revolutionsführung gehabt, im Gegenteil. Erst in jüngster Zeit habe Wehring „eine seiner beliebten Paradoxien“ ausgeführt und die politischen Redakteure des „Vorwärts“ als „eine Art besserer Schmiede gefeiert, die alle Tugenden hätten, leider nur von der Sozialdemokratie gar nichts verstanden“. Auf den Vorwurf Wehrings, daß Eißner und Gräfner Konservativen seien, antwortet dieser: „Revolution ist, wenn ich nicht leben kann – hat man in Dresden gefeiert.“ Wehring verneinte den Scherz als höchst ernsthaftes Hinterblatt. „Revolutionist ist heute das wichtigste Schimpfwort, und darum wendet er es an; er würde uns Radikale nennen, wenn das heute anständig wäre.“ Ein gewisser Gegenseitig bestätigte zwischen den Redakteuren des „Vorwärts“ und Wehring: „Das liegt aber nicht in den Grundlagen, nicht im Intellekt und auch nicht im Temperament, sondern in der – Parteilichkeit.“

In einer Kritik der Red. welche Dr. Schädler un längst in einer Augsburger Zentrumssammlung hielt, bringt das „XX. Jahrhundert“, Organ für religiösen Katholizismus, folgende bemerkenswerte Sätze:

„Das Sezessionsparlament hat z. B. eine so dominierende Stellung im Reiche wie noch nie, die Regierung ist ihm sehr und will es zur gefügten Regierungspartei aufschwaben – gerade als ob sie Gott mit Blindheit geschlagen hätte. Wenn das Judentum gegen die Kirche noch nicht gekämpft ist, so war die Regierung nicht daran schuld; sie hätte dem Judentum genug durchsetzen können. Und gar in Bayern! Hier hat – eine neue Herr Schädler begonnen und das Sezessionsparlament gewinnt wieder seine Einfluss auf die Stellenbesetzungen zurück. Das weiß Herr Schädler natürlich ganz genau, trotzdem lamentiert er – no nicht die Weisheit?“

„Oldenburg, 28. Oktober. In der Prozeß wegen Verleumdung des Justizministers Rückrat gegen den Gymnasiallehrer Dr. Ries und den Redakteur Siemers ist ein neuer Termin auf Donnerstag, 15. November, vor der Staatsanwaltschaft bestimmt worden. Bekanntlich wurde die fürstlich angelebte Haupverhandlung vertagt.“

„Magdeburg, 27. Oktober. Aufschreitender Schulz in Schwedt wurde wegen Rechtsbeleidigung zu 2 Monaten Freiheit verurteilt.“

„München, 28. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses der Kammer wurde regierungsgünstig erklärt, daß die Wasserwerke für die bayerischen Truppen in Mexiko vorzüglich sei, da diese eine eigene Zeitung zur Verfügung hätten. Es seien in diesem Jahre nur zwei Tropenhäuser bei den bayerischen Truppen vorgekommen. Außerdem wurde sich der Kriegsminister persönlich schärf gegen die von verschiedenen Seiten angebrachte Anschwung, daß bei den vielen Pensionierungen in der bayerischen Armee manch nur zum Zweck vorgenommen werden seien, um Mitglieder des königlichen Hauses Platz zu machen; das sei absolut unrichtig.“

### Österreich-Ungarn.

#### Gegen die Disposition.

„Wien, 28. Oktober. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des österreichischen Landtages wies das Mitglied des Landesadels Steiner in Beantwortung verschiedener Interpellationen die Bezeichnung eines Teils des Reichs zurück und erklärte, der überbetriebliche Landeskonsolidierung sei kein Grund der mediterranen Weisheit, er schaue nur gegen die einer unerlaubten Flammensicht dienenden Sozialisten eine Rührung. Neben gibt eine Kürzung der jüdischen Weisheit in der Rüst für Weisheit, die durch Unterstützung von Verbrechern bestimmt werden soll.“

### Frankreich.

Schulreform; Kulturmarsch; Graf Lambsdorff.

\* Paris, 28. Oktober. (Telegramm.) Mehrere Mitglieder der Regierungsmehrheit im Senat stellten zu den Anträgen über die Reformation des Mittelfestes unter Einsicht, durch das das Gebehr Galloux aufgehoben werden soll, Zulassungsfrage. Da in dieser Beziehung in der Regierungsmehrheit Meinungsverschiedenheiten entstanden sind, glaubt man, daß die Beratung dieser Anträge, die am 20. November beginnen sollte, zwar wahrscheinlich an diesem Tage beginnt, jedoch dann bis zur Erledigung des Budgets verzögert werden wird. — Es heißt, daß die radikale Linke der Deputiertenkammer, deren Obmann der ehemalige Minister Carré ist, sich mit den übrigen Gruppen der republikanischen Mehrheit ins Vereinnehmen seien wird, um die Ausarbeitung der Dekrete zu erlangen, durch die unter den früheren Regierungen mehreren Kongregationen, insbesondere den Brüdern von der Kirchlichen Lehre, die Möglichkeit zum Schulunterricht gegeben war. — In einem anscheinend inspirierten Artikel des „Figaro“ heißt es über die Reise des Grafen Lambsdorff, man könne schon sagen, daß Graf Lambsdorff von der Unterredung mit Delcassé den Eindruck mitnahm, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der deutsche Kronprinz wird dem Bernoulli nach von 8. bis 11. November als Delegat des Fürsten Christian Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der deutsche Kronprinz wird dem Bernoulli nach von 8. bis 11. November als Delegat des Fürsten Christian Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige amportierende Mehrheit gegen die Aufhebung des § 2 nur dann zu stande kommt, wenn der betreffende Antrag bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verwässert wird. Dabei haben nicht weniger als 100 Abgeordnete von ihrem Petitionsrecht gegen Aufhebung des § 2 entzichtet. Gebrauch gemacht. Die „Tage Adels“ weilt darüber: So erleben wir das fremdländische Schauspiel, doch man noch innen, z. B. gegen die Professoren, geraden rücksichtslos verläßt, nach außen und oben aber Verbeugungen macht und sich des lärmenden Opportunitätsismus in einer Sache befindigt, die doch wahrlich den gelösten deutschen Protestantismus ohne Unterschied der Parteilichkeit bei den Bahnen sehen sollte.

Der Jesuitenkontrakt in der streitigen Generalversammlung scheint auf einstimmige Annahme nicht rechnen zu können. Römisch-katholische konservative Politiker und höheren Staatsbeamten finden sich in der Opposition zusammen zu Gunsten des preußischen Staatsministeriums und seines bestehenden Beschlusses auf Aufhebung des § 2 des Schulbesuchsgesetzes. Es steht auch zu fürchten, daß eine einstimmige